

nigung von Regionalisierungsprozessen motivieren können. Die vergleichende Betrachtung der regionalen Integrationsprozesse ergibt ferner, dass sie in praktisch allen Fällen ausschließlich von politischen Eliten vorangetrieben wurden. *Ufen* und *Nabers* bemängeln in diesem Sinne berechtigterweise den damit verbundenen Ausschluss der Zivilgesellschaft von jeglichen Entscheidungsprozessen.

Die Herausgeber schließen ihre Synopse mit dem Versuch einer Systematisierung der zentralen Merkmale regionaler Zusammenarbeit in Asien, Afrika und den Amerikas. Hierbei orientieren sie sich an den wichtigsten Prämissen des Neorealismus, des Neoinstitutionalismus und des Konstruktivismus, wie sie eingangs formuliert wurden. Danach ist der Neorealismus am wenigsten in der Lage, die komplexen Kooperationsmechanismen zu erklären. Die funktionell-institutionelle Logik des Neoinstitutionalismus hält dagegen überzeugungskräftigere Argumente bereit, warum sich Staaten in regionalen Kooperationen zusammenschließen. Allerdings tut er sich schwer, den prozessualen Charakter der beschriebenen Institutionalisierungen analytisch korrekt zu erfassen. Der Konstruktivismus schließlich verweist auf die kulturellen Faktoren in der internationalen Politik. Gerade die ASEAN ist wegen der Bedeutung des „ASEAN way“ hier von besonderem Interesse. So betonen Konstruktivisten die positive Identifizierung der ASEAN-Staaten mit dem Schicksal der anderen Mitglieder, die eine kollektive ASEAN-Identität erst hat entstehen lassen. Alles in allem ein lesenswertes Buch, das einen ersten Schritt hin zu der von den Herausgebern selbst geforderten Annäherung der Regionalstudien an die Theorien der Internationalen Beziehungen darstellt. Gleichzeitig kann der Sammelband aufgrund seiner überwiegend klaren Verknüpfung von Empirie und Theorie mit Sicherheit auch dem fachfremden Leser spannende Einblicke in die aktuellen Entwicklungen der regionalen Integration bieten.

*Andrea Kramer, Gießen*

*Göran Hyden / Michael Leslie / Folu F. Ogundimu (eds.)*

**Media and Democracy in Africa**

Nordiska Afrikainstitutet, Uppsala, 2002, 260 S., 240,00 SEK, ISBN 91-7106-495-8

In dem Sammelband setzen sich die acht Autoren – von denen zum Zeitpunkt des Erscheinens sieben an Universitäten in den USA lehrten – mit der Rolle der Medien in afrikanischen Demokratisierungsprozessen kritisch auseinander. Die Initiative für den Band geht auf eine internationale Konferenz zurück, die 1997 an der University of Florida stattfand. Es wird dabei versucht, nicht nur die Demokratisierungsprozesse seit Anfang der 1990er Jahre zu beleuchten, sondern auch den Bogen zur Kolonialzeit und zu der Phase des Unabhängigkeitskampfes in den frühen 1960er Jahren zu spannen.

Der Medienbereich wurde bisher, wie *Göran Hyden* und *Michael Leslie* in ihrem Einführungskapitel mit Recht monieren, in der Demokratisierungsforschung zu Afrika vernachlässigt. Während es über die formellen Medien (z. B. Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) einige Studien gibt, ist der informelle Bereich („orale Nachrichtenübermittlung“ außerhalb der formalen Medien, Gerüchteverbreitung etc.) in der Kommunikationswissenschaft größtenteils terra incognita geblieben. Die beiden Herausgeber unterscheiden vier Domänen, die die Rolle der Medien beeinflussen und im Verlauf des Buches abgearbeitet werden: 1. Die politische, 2. die technische, 3. die wirtschaftliche und 4. die kulturelle Domäne.

Mitherausgeber *Hyden* und *Charles Okigbo* vergleichen die Rolle der Medien zur Zeit der Unabhängigkeit und nach dem Ende des Kalten Krieges seit 1990 und kommen zu dem Fazit, dass in der Phase des Unabhängigkeitskampfes die Medien nur eine sekundäre Rolle gespielt haben. Das lag an der geringen Verbreitung des Rundfunks und daran, dass die Printmedien, die den Unabhängigkeitskampf zumeist unterstützten, von nur wenigen privilegierten, und der europäischen Kolonialsprachen mächtigen Lesern wahrgenommen wurden. Für die Gründung von Massenbewegungen blieben beide Medien ungeeignet. Vielmehr wurden Kundgebungen und andere Massenveranstaltungen für den Zweck der politischen Kommunikation genutzt. Die Rolle der Medien war beschränkt darauf, die nationalistische Unabhängigkeitsbewegung zu unterstützen.

Die spätere Einführung des Transistorradios hätte dem Rundfunk ein sehr viel größeres Gewicht verleihen können, aber die meisten afrikanischen Staaten waren in autoritäre Regime mutiert. Die Medien wurden einer mehr oder weniger strengen Zensur unterworfen oder vom Regime gleichgeschaltet. Das galt besonders für Rundfunk und Fernsehen. Printmedien konnten sich dagegen in einigen Staaten zeitweise gewisse Freiräume erhalten. Während die Medien in der Unabhängigkeitsphase keine eigenständigen Akteure, sondern Sprachrohre der Nationalisten waren, ist für die Demokratisierungswelle der 1990er Jahre eine neue Rolle zu konstatieren. Es wäre jedoch verfehlt, die Medien als echte Vierte Gewalt in demokratischen Systemen zu charakterisieren. Die drei Dekaden der fehlenden Pressefreiheit haben bis heute zu beobachtende Folgewirkungen. Oftmals sind die Zeitungen oder privaten Radiosender nur (politisches) Sprachrohr ihres Besitzers. Der Staat verhartet in seiner Politik, unangepasste Medien indirekt zu sanktionieren, etwa durch den Entzug von Anzeigen und Stellenausschreibungen oder durch Verleumdungs- und Schadensersatzprozesse. Investigativer Journalismus ist noch immer schwierig und kann schnell zur Gefahr für den Journalisten oder die Eigentümer der Zeitung werden.

*Chris W. Ogbondah* analysiert in seinem Beitrag die Pressegesetze. Er kommt zu dem Schluss, dass in den meisten Staaten noch Gesetze in Kraft sind, die die Arbeit der Medien mitunter nachhaltig behindern. Diese oft noch aus der Kolonialzeit stammenden Gesetze ermöglichen es den Regierungen, unliebsame Journalisten unter Druck zu setzen, Schadensersatzpflichtig zu machen oder gar zeitweise in Haft zu nehmen. Auch demokratisch gewählte Regierungen haben wenig Interesse daran, dass über Korruptionsskandale oder Verschwendung öffentlicher Mittel berichtet wird, zumal diese Meldungen auch von den Geberländern zur Kenntnis genommen werden. Diese Analyse wird durch ein aktuelles

Beispiel bestätigt: Im September 2005 wurde im demokratisch verfassten Malawi ein zuvor entlassener prominenter Minister festgenommen, als er sich auf einer Kundgebung unflätig über den Staatspräsidenten geäußert hatte. Bemüht wurde dafür ein Gesetz zum Schutz der Würde staatlicher Symbole, das noch aus der Kolonialzeit stammt.

Die Bedeutung des Rundfunks für den demokratischen Reformprozess wird von *Paul R. van der Veur* untersucht. Die demokratisch gewählten Regierungen waren in vielen Fällen die Liberalisierung des Rundfunks nur sehr schleppend angegangen. Nicht selten haben sie die staatseigenen Radiosender als Regierungsorgane weitergeführt. Dennoch sind in vielen Staaten private Rundfunkstationen zugelassen. Das Kapital dafür kommt häufig von den Gebern. Kommerzielle Sender hingegen haben kein Interesse daran, sich mit der Regierung anzulegen, denn ein nicht geringer Teil ihrer Werbeeinnahmen kommt von Staatsunternehmen. Profitabel sind private Radiosender meistens nicht.

Die Bedeutung des Internets, die permanent wächst, wird von *Michael Leslie* untersucht. Obwohl sich die Verbreitung auf noch immer niedrigem Niveau erhöht hat, ist der Einfluss auf den Demokratisierungsprozess eher übersichtlich. Viele Nutzer haben nur Zugang zum Internet an ihrem Arbeitsplatz. Er wird zumeist für persönliche Kommunikation (E-mails) genutzt, nicht aber für politische Zwecke. Das „Surfen“ wird noch weniger genutzt. Neben den relativ hohen Kosten für einen Privatanschluss oder die Nutzung eines Internetcafés behindern langsame Zugänge die Nutzung dieses Mediums, wie der Autor am Beispiel Zambias illustriert. Das Internet wird auch zukünftig nur für eine privilegierte, gebildete urbane Mittel- und Oberschicht zur Verfügung stehen. Das wird sich erst langfristig ändern. *Keyan G. Tomaselli* beschäftigt sich mit der Eigentumsstruktur bei Medien, die er am Beispiel Südafrikas analysiert. Dieses Kapitel sticht etwas ab von den übrigen, da die Sonderrolle Südafrikas, das einen höheren Entwicklungsstand und eine andere Wirtschaftsstruktur aufweist als die anderen afrikanischen Staaten, Verallgemeinerungen kaum zulässt. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Medien weniger das Gemeinwohl im Blick haben als die Partikularinteressen ihrer Besitzer.

Sehr interessant ist auch der Beitrag von *Beverly G. Hawk* zur Berichterstattung über afrikanische Politik in US-amerikanischen Medien. Sie hat dafür 37 Interviews mit Journalisten gemacht, die über Afrika berichten. In ihrem erschütternden, wenngleich nicht überraschenden Resümee konstatiert sie nicht nur Gleichgültigkeit, sondern auch Ignoranz und Unwissenheit. Nur wenige spektakuläre Ereignisse finden ihren Weg zur amerikanischen Öffentlichkeit, wobei häufig Stereotype bedient werden. Fälschlicherweise wird Tribalismus als Ursache der meisten Konflikte und Gewaltausbrüche genannt. Das zeigt die Autorin am Beispiel des Genozids in Ruanda.

Einem bisher vernachlässigten Feld der Kommunikation widmet sich *Debra Spitulnik*. Sie analysiert alternative und informelle Medien, wie Graffiti, Flugblätter, im Untergrund gehandelte Audiocassetten, Internetchatrooms, Witze und Gerüchte. Sie bedient sich u. a. treffender Beispiele aus Internetforen von Nigerianern, die im Ausland leben, und von Audiocassetten zur religiösen und politischen Mobilisierung in Nigeria und Kenya sowie der Witzkultur in Zambia. Diese Medien sind weit verbreitet, vor allem, wo die Pressefrei-

heit nicht oder nur eingeschränkt gewährleistet ist. Die Autorin macht aber auch deutlich, dass das Gewicht und die Bedeutung dieser Medien im Demokratisierungsprozess nicht überbewertet werden sollten. Der Wahrheitsgehalt von Gerüchten lässt sich zumeist nicht nachprüfen; die Qualität ist oft gering, da niemand zur Verantwortung gezogen werden kann.

*Folu Folarin Ogundimu* wagt am Ende des Bandes auf der Grundlage aller Beiträge einen Ausblick. Er stellt fest, dass sowohl freie Medien einen positiven Einfluss auf die Demokratisierung haben als auch umgekehrt ein demokratisches Regierungssystem die Medien positiv beeinflusst. Er warnt davor, dass eine vielfältige unabhängige Medienlandschaft ohne Zuwendungen der Geber oder staatlicher Subventionen in vielen Fällen nicht möglich sein wird. Ein offenes, pluralistisches, politisches Umfeld ist gleichwohl noch kein Garant für das Entstehen demokratisch orientierter Medien. Auch wenn Medien die politische Opposition unterstützen, muss das nicht per se bedeuten, dass sie sich auch demokratischen Werten verpflichtet fühlen. Seinem Fazit: „...communication and media are only an important, not the most important, part of the solution to the emerging ethos of democracy and democratization in sub-Saharan Africa.” (S. 236) ist nichts hinzuzufügen.

Der Sammelband schließt eine Lücke in der mittlerweile umfangreichen Literatur zur Demokratisierung in Afrika. Es wurde zum Teil eindrucksvoll gezeigt, dass die Rolle der Medien – in unserem eurozentristischen Verständnis – geringer ist als bisher von vielen unterstellt.

*Heiko Meinhardt, Hamburg*